



Ersetzungsantrag zu Beschlussantrag Nr. 372/26

**Meinungsfreiheit im Westen - speziell in Europa - massiv
unter Druck**

sogar der Papst zeigt sich besorgt

In seiner Neujahrsansprache im Vatikan vor den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern hat Papst Leo XIV sehr deutlich seine Sorge hinsichtlich der massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit im Westen zum Ausdruck gebracht.

Wörtlich sagte er:

„Es ist schmerzlich zu sehen, wie insbesondere im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird, während sich eine neue Sprache mit orwellschem Beigeschmack entwickelt, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündet, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie beseelt ist.

Aus dieser Fehlentwicklung ergeben sich leider weitere, die dazu führen, dass die Grundrechte des Menschen beschnitten werden, angefangen bei der Gewissensfreiheit.“

Hier die gesamte Rede des Papstes:

<http://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2026/january/documents/20260109-corpo-diplomatico.html>

Seit 2020 hat sich urplötzlich eine enorme Einengung des Diskussionskorridors, der Meinungsfreiheit und damit der Demokratie manifestiert.

Wissenschaft wurde von einem Tag auf den anderen auf die von den Regierungen propagierte Meinung reduziert.

Bürger, die eine der, von autoritär handelnden Regierungen vorgegebenen und von den Systemmedien verbreiteten „einen Wahrheit“ verschiedene Meinung äußerten, wurden *per se* oft als „rechtsradikal“ herabgewürdigt und damit meist mundtot gemacht bzw. oftmals nachhaltig auch wirtschaftlich geschädigt.

Die Gesellschaft wurde durch diese perfide, ja diabolische Strategie des Gegeneinander-Aufhetzens nachhaltig gespalten.

Auch sechs Jahre nach Implementierung von nie für möglich gehaltener systematischer Zensur, werden Meinungen und Positionen, die dem sog. „*mainstream*“ bzw. was als solches propagiert wird, von den nach wie vor in ihrer Zensursystematik behafteten System- bzw. sog. Leitmedien zensiert bzw. auch jetzt noch teilweise als „rechtsradikal“ abgestempelt, mit der offenkundigen Absicht sie „salonunfähig“ zu machen,

Auch heute noch tut man sich auch in diesem Landtag mit der sachlichen Behandlung gewisser Themen blutig schwer.

Und generell findet der Angriff auf die **Meinungsfreiheit**, einem Grundpfeiler der Demokratie, wenn nicht **DER Grundpfeiler**, ungebrochen statt.

Ja noch schlimmer: **die Europäische Union hat längst schon die Order zum Generalangriff auf die Meinungsfreiheit gegeben.**

Während der sog. Corona-Zeit haben sowohl die Biden-Administration (sprich die ehemalige US-Regierung unter den sog. „Demokraten“), als auch die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten den Medien– gegen beträchtliches Entgelt - die zu propagierende Wahrheit vorgegeben und sie zur brutalen Zensur gegensätzlicher Meinungen angehalten. Mit wenigen Ausnahmen spielten alle mit. Das war das Ende des sog. „Qualitätsjournalismus“, wenn nicht des Journalismus.

Über zentral von den großen Investmentfonds kontrollierte Pressagenturen wie REUTERS wurden die kleineren nationalen Agenturen, sowie die TV-Radio- und Zeitungsredaktionen bis in die Provinz Bozen hinein, mit vorgegebenen „Wahrheiten“ gefüttert ... und man hat diese „vorgekaute Kost“ meist ohne jegliches „Wenn und Aber“ geschluckt und verbreitet.

Gegenteilige Meinungen wurden beflissentlich in einer **ganz neuen globalen „Omertà“** entweder von vornherein totgeschwiegen, oder durch ein politisches *framing* (mit ungerechtfertigter Zuweisung von Attributen wie „rechtsradikal“, „antisemitisch“ etc.) oder durch sonstige persönliche Herabwürdigung („seniler alter Depp“ wie es der mittlerweile im 90. Lebensjahr verstorbene Nobelpreisträger Luc Montagnier erfahren hat, der mit seiner Fachexpertise auf höchstem Niveau sofort zu Beginn 2020 auf den mittlerweile klaren Laborursprung des SARS-Cov-Virus hinwies und darauf, dass sich die sog. „Pandemie“ innerhalb kürzester Zeit, ohne Bedarf an *lockdowns* und schon gar nicht einer sog. „Impfung“ von alleine erledigt hätte, und dass die sog. Covid-19-„Impfungen“ gefährliche gentechnische Substanzen sind, die zu Tod und schwersten Körperverletzungen führen).

Mark Zuckerberg (CEO von META) hat in einem Schreiben vom 26. August 2024 an die damalige Biden-Administration beklagt, dass er 2021 von der Biden-Administration dazu gedrängt/genötigt wurde, Inhalte zu Covid-19 zu zensieren:

<https://prod-i.a.dj.com/public/resources/documents/meta-letter-082024.pdf>

Hier die maschinelle Übersetzung in die deutsche Sprache:

<https://drive.google.com/file/d/1FJaQ5iDvd6OjCR8x32NS-5LyDKDXSOEw/view?usp=drivesdk>

So war es dann auch. Facebook-Accounts - wie das der diesen Beschlussantrag einbringenden Landtagsabgeordneten, die seit 2020 versucht hat, u.a. über Facebook wichtige Informationen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, nachdem diese von den sog. Leitmedien verschwiegen oder ins Lächerliche gezogen oder gar als „rechtsextrem“ diffamiert worden sind - wurden auf Zuruf von sich lokal auch in Südtirol speziell damals gebildeten Zensur-Schergen-Gruppen (in Südtirol waren das bspw. die sog. inoffiziellen „RATIONALS“ unter der Leitung eines bekannten Videofilms) von META gesperrt, und erst im Laufe des Jahres 2024 wieder entsperrt.

In den sog. Corona-Jahren war eigentlich nur die Soziale-Plattform TELEGRAM für freie und demokratische Meinungsäußerung zugänglich.

Aufgrund seiner Weigerung sich den von der Europäischen Union auferlegten Zensur-Funktionen zu beugen, wurde Pavel Durov, der Gründer von Telegram, 2024 in Frankreich verhaftet und unter Hausarrest gestellt.

<https://youtu.be/bxFQvOyTolq?si=dx5aHdmfTBwJsEKL>

In der von RAI Südtirol am 25. Oktober 2023 nach den Landtagswahlen ausgestrahlten Sendung „Landtagswahlen 2023 – Analyse und Kommentare“ konnte dann von allen Anwesenden unwidersprochen, der Chefredakteur der ff-Wochenzeitung (Georg Mair) auf die Frage der Moderatorin, ob denn die Systemmedien nicht auch die „andere Seite“ hätten anhören und zu Wort kommen lassen müssen, und ob die Spaltung der Gesellschaft nicht auch

darauf zurückzuführen ist, dass die Systemmedien insbesondere den Corona-19-„Impf“-gegnern kein Gehör, ja keinen Platz eingeräumt haben, doch tatsächlich wie folgt wörtlich antworten: „Die „Impf“-gegner hatten andere Kanäle sich auszudrücken. Schauen Sie nur auf Telegram, also da gibt es genug Möglichkeiten für „Impf“-gegner, für die No-Vax sich zu dem Thema zu äußern. Aber ich bin dagegen, als Medien eine false balance, also ein falsches Gleichgewicht zu schaffen, etwa wenn es ums Thema Klima geht, wenn 99 Prozent der „Wissenschaft“ feststellt, es gibt die Erderwärmung, und 1 Prozent, ein Spinner das leugnet, sagt, das gibt es nicht, dann hier ins Studio der Rai den Wissenschaftler zu stellen und den Klimaleugner. Denn das weckt den Eindruck, als würden beide auf der gleichen Ebene argumentieren. Und ähnlich war es ja auch beim Impfen. Das heißt nicht, dass man den Leuten nicht zuhören muss, wenn sie Ängste und Sorgen haben. Aber wir als Medium müssen nicht sozusagen die Schwurbeleien wiedergeben. Da bin ich jetzt absolut dagegen, denn da sind wir nur ein Verstärker von fakenews“. Und das wollen wir nicht sein.“

Siehe hier, ab ca. -13.43:

<https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/video/2023/10/analyse-chefredakteure-landtagswahlen-2023-04643a54-b6f2-446c-8451-a27d9ea8413a.html>

An dieser extrem undemokratischen sich seit Jahren nun manifestierten und festgefrorenen Einstellung in den Redaktionen der sog. „Leitmedien“, hat sich (mit wenigen Ausnahmen) de facto kaum was bei uns in Südtirol und in Europa insgesamt geändert.

Ein schlagendes Beispiel dafür, dass Europa, und im Speziellen der deutschsprachige Raum, in eine extrem gefährliche Richtung abgedriftet ist, ist die unglaubliche Forderung nach Zensur und bei Bedarf Verbot unliebsamer Medien durch den CDU Ministerpräsidenten von Schleswig-

Holstein Daniel Günter in der ZDF-*talk-show* des gebürtigen Südtirolers Markus Lanz:

<https://www.youtube.com/watch?v=gAjobTqY3r8>

Der CDU-Mann forderte die autoritäre Regulation von, den Regierungen unliebsamen Medien. Im konkreten Fall speziell des als „rechtsextrem“ von den sich in Zensur übenden Systemmedien abgestempelten und vom ehemaligen Chefredakteur der BILD gegründeten Nachrichtenportals NIUS - <https://www.nius.de/>.

Besonders erschütternd ist, darüber hinaus, der Umstand, dass der gebürtige Südtiroler und ZDF-Star-Moderator Lanz im Nachhinein, die in seiner Sendung unwidersprochen durch den CDU-Ministerpräsidenten Günter vorgebrachte Zensurforderung, in der darauffolgenden Sendung durch plumpe, anhand der Originalaufzeichnungen leicht aufdeckbare Manipulation der Zuschauer zu widerlegen versuchte.

NIUS hat mit dem bekanntesten deutschen Medienrechtsanwalt gerichtliche Verfahren eingeleitet, nachdem der CDU-Ministerpräsident Günter sogar das Verbot von unliebsamen Medien in der Lanz-Sendung unwidersprochen gefordert hat.

Richard David Precht, der Popstar unter den deutschen lebenden Philosophen (u.a. Pod-Cast-Partner von Markus Lanz), hat auf diese unglaubliche Episode angesprochen, zwischenzeitlich erklärt, dass wir seit geraumer Zeit eine höchst gefährliche Einengung des Debattenraums erleben. Precht ist sehr deutlich darin aufzuzeigen, dass **der Debattenraum für eine durch Orientierungslosigkeit gekennzeichnete Gesellschaft, in einer Zeit, in der die größten Umbrüche seit 1945 stattfinden, nicht groß genug sein kann. Er nennt drei Beispiele, in denen diese demokratische Debatte massiv unterdrückt wurde: 1. Corona-Krise, 2. Ukrainekrieg, 3. Palästina-Gaza-Israel.**

Jene wenigen Medien, die ihrem Auftrag als Vierte Gewalt entsprechend, insbesondere die Regierungen beobachten und kritisieren, werden speziell in Europa mit der Zensurkeule bedacht. Das ist die Realität.

In Deutschland stehen regelmäßig frühmorgens Polizeieinheiten vor der Haustüre von Regierungskritikern, ja selbst von Karikaturisten und Satirikern. So weit ist es in der Bunderepublik Deutschland gekommen. Was wohl der verstorbene Altkanzler Helmut Schmidt dazu gesagt hätte?

In Europa werden vermehrt Bankkonten jener Menschen, Organisationen und Medien, die ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ausüben, unbegründet geschlossen, und dies ohne dass gegen sie eine strafrechtlich relevante Tat oder Äußerung vorläge.

In Europa werden über immer mehr Menschen Ausreise- oder Einreiseverbote verhängt, nur weil sie den Regierenden nicht genehm sind, aber nicht weil sie Straftaten begangen haben.

Hier fallen insbesondere Großbritannien, Deutschland und die Europäische Union auf.

Besonders gefährlich bzw. vogelfrei leben Kritiker der EU-Position im Ukraine-Krieg.

Sie werden sehr rasch der pro-russischen Propaganda bezichtigt (ohne dass ihnen konkrete Kontakte nachgewiesen werden) und ihrer Grundrechte beraubt.

Am 15. Dezember hat die EU-Kommission den ehemaligen Schweizer Oberst im Generalstab und langjährigen Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes seines Landes, Jacques Baud, wegen »prorussischer« Propaganda auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Dem in Belgien lebenden Publizisten wurden alle Konten in der EU gesperrt, Reisen über Landesgrenzen hinweg sind untersagt.

Die Schweizer Botschafterin ist in der Folge bei der EU wegen der Sanktionierung von Jacques Baud interveniert.

Herrn Jacques Baud wird folgendes im Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 15.12.2025 (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202502572) wörtlich vorgeworfen:

„ist regelmäßig Gast in prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen. Er fungiert als Sprachrohr für prorussische Propaganda und verbreitet Verschwörungstheorien, indem er beispielsweise die Ukraine bezichtigt, ihre eigene Invasion herbeigeführt zu haben, um der NATO beizutreten. Daher ist Jacques Baud für Handlungen oder politische Maßnahmen, die der Regierung der Russischen Föderation zuzurechnen sind und die die Stabilität oder die Sicherheit in einem Drittland (Ukraine) untergraben oder bedrohen, durch die Beteiligung am Einsatz von Informationsmanipulation und Einflussnahme verantwortlich, setzt diese um oder unterstützt sie.“

Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang dieses Interview mit Jacques Baud:

<https://www.youtube.com/watch?v=SIWp-PhXZNA>

Als „pro-russisch“ werden jene Medien abgestempelt, die sich ihrem journalistischen Auftrag entsprechend, kritisch mit den EU-Sanktionen gegen Russland beschäftigen, sowie die Entwicklung des Ukraine-Krieges anhand der nachweisbaren Interventionen der USA bzw. Großbritanniens mit ihren jeweiligen Geheimdiensten darlegen.

Nach diesem absurden, mit Meinungsfreiheit und damit Demokratie direkt kollidierenden Prinzip, müsste bspw. auch der international hoch angesehener Wirtschaftsprofessor und Berater von Regierungen Geoffrey Sachs von der EU sanktioniert werden:

<https://www.jeffsachs.org/>

<https://www.jeffsachs.org/interviewsandmedia/lhk1f2aek7dtlkd9waelcy3xp8pd8a>

Soweit getraut man sich nun doch noch nicht zu gehen.

Der emeritierte Staatsrechtsprofessor Dietrich Murswiek hat am 8. Jänner 2026 in Springers *Welt* eine vernichtende juristische Analyse der EU-Sanktionen im Falle von Jacques Baud u.a. dargelegt. Unter der Überschrift **„Eine Drohung an alle Menschen in der EU“** überprüfte er rechtlich, ob „die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine solche Einschränkung gegeben“ sind.

<https://www.welt.de/debatte/plus695b6a09fe6040199bf928a2/sanktionen-wegen-meinungen-die-eu-massnahmen-sind-verfassungswidrig.html>

Murswiek stellt dazu zwei Fragen. Die erste lautet: „Handelt es sich bei der Listung auf der EU-Sanktionsliste um eine Strafe?“ Antwort: Ja, aber die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür fehlen, weil der rechtsstaatliche Grundsatz, dass eine **„Strafbarkeit gesetzlich bestimmt sein muss, bevor die Tat begangen wurde“**, von der EU aufgehoben worden ist.

Die zweite Frage Murswicks lautet: **„Sind die Sanktionen Präventivmaßnahmen?“** Das behauptet die EU. **Präventive Einschränkungen der Meinungsfreiheit können gerechtfertigt sein, etwa bei Gewaltaufrufen, mit denen Handlungsimpulse gesetzt werden können. Wer aber die Regierung kritisiert, gefährdet kein „Rechtsgut“.** Murswiek verweist auf ein Urteil des **Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009**, wonach **Einschränkungen der Meinungsfreiheit nicht „gegenüber rein geistig bleibenden Wirkungen“ bestimmter Äußerungen erlassen werden dürfen.** Das Gericht weiter: **„Die Absicht, Äußerungen mit**

schädlichem oder in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlichem Inhalt zu behindern, hebt das Prinzip der Meinungsfreiheit selbst auf und ist illegitim.“

Murswiek schlussfolgert, der EU-Rat hat „diesen fundamentalen Grundsatz“ mit der Aufnahme von Jacques Baud auf die Sanktionsliste, „soweit aus der für die Listung gegebenen Begründung ersichtlich, missachtet“. Ihm werde nicht einmal eine Tätigkeit im Auftrag Russlands vorgeworfen, sondern Auftritte in „prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen“, wobei als „prorussisch“ bei manchen Politikern schon jeder gelte, wer gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ist.

Vor diesem Hintergrund rechtlicher Willkür hält Murswiek schließlich drittens „die Unverhältnismäßigkeit der Sanktion gegen Baud“ fest. Diese erweist sich „als offensichtlicher und schwerwiegender Verstoß gegen die Meinungsfreiheit, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip“. Baud muss unverzüglich von der Sanktionsliste entfernt werden, sagt der Professor Öffentlichen Rechts Murswiek. Tut die EU „dies nicht, wirkt seine Sanktionierung als Drohung an alle Menschen in der EU“.

Diese unglaubliche Zensurspirale wurde von der Europäischen Union unter der Führung von Ursula von der Leyen angeschoben und nach wie vor befeuert mit dem „*Digital Services Act (DAS)*“ und mit dem „*European Democracy Shield*“.

Was als Schutz der europäischen Demokratien gegen Desinformation und sog. *fake news* den Bürgern verkauft wird, ist in Wahrheit die schamlose Propaganda für brutale Zensur gegen Regimegegner.

Während die EU-Kommissionspräsidentin die fundamentalsten Prinzipien von Transparenz und Legalität mit Füßen tritt – und die

Regierungschefs der meisten EU-Mitgliedsstaaten sowie (noch) die Mehrheit des EU-Parlamentsabgeordneten (inklusive Herbert Dorfmann der Südtiroler Volkspartei) der Kommissionpräsidenten dieses fundamental illegale Vorgehen durchgehen lassen, verlangt Ursula von der Leyen, dass in Europa die Zensurkeule gegen die Bürger sowie Medien/Journalisten mit aller Kraft geschwungen wird.

Dieser fatalen und gefährlichen Entwicklung kann nur dann Einhalt geboten werden, wenn demokratische Werte zu verkörpernde Institutionen, wie der Südtiroler Landtag, sich explizit und demonstrativ für den Schutz der Meinungsfreiheit, und damit auch für den nötigen Pluralismus der vertretenen Meinungen, insbesondere in den mit öffentlichen Geldern finanzierten bzw. unterstützten Medien aussprechen.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in dem es in der Verantwortung von uns Volksvertretern liegt, dafür zu sorgen, dass die immer mehr als das „*new normal*“ durchgehende blanke Zensur, unser politisches System, ja unseren Lebensraum nicht definitiv zu einer reinen Scheindemokratie verkommen lässt.

Wer nur dem sog. „mainstream“ Platz gewährt, hat der Demokratie von vornherein entsagt.

Die Mütter und Väter der italienischen Verfassung haben das Grundrecht auf Meinungsfreiheit im Art. 21 der Verfassung festgeschrieben:

<https://www.senato.it/istituzione/la-costituzione/parte-i/titolo-i/articolo-21>

In der Europäischen Menschenrechtskonvention ist die Meinungsfreiheit im Art. 10 festgeschrieben:

<https://www.menschenrechtskonvention.eu/freie-meinungsaesusserung-9295/>

Während in der Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten der Europäischen Union das Grundrecht auf Meinungsfreiheit im Art. 11 verankert wurde:

<https://dejure.org/gesetze/GRCh/11.html>

*

Aus diesen Gründen, folgender Beschlussantrag:

Die Mitglieder des Südtiroler Landtages sind eingeladen, in einer gemeinsamen, von den Fraktionsvorsitzenden aufzusetzenden und medial im Anschluss daran vom Präsidenten des Südtiroler Landtages zu verbreitenden Grundsatzerklärung, ein klares Bekenntnis zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit im Sinne von Art. 21 italienische Verfassung, Art. 10 Europäische Menschenrechtskonvention und Art. 11 Charta der Europäischen Grundrechte und Grundfreiheiten abzugeben, und die Medien daran zu erinnern, dass es ihr Auftrag ist, den in der Gesellschaft vertretenen Meinungen, gerade auch den (oftmals auch nur vermeintlich) minderheitlichen Meinungen, einen Platz einzuräumen, um eine multipolare Gesellschaft im urdemokratischen Sinne zu ermöglichen und zu schützen.



RA/Avv. DDr. Renate Holzeisen
Abgeordnete zum Südtiroler Landtag
Fraktion VITA



Emendamento a Mozione n. 372/26

**La libertà di espressione in Occidente, specialmente in Europa,
è sottoposta a forti pressioni: persino il Papa esprime
preoccupazione**

Nel suo discorso di Capodanno in Vaticano davanti al Corpo Diplomatico accreditato presso la Santa Sede, Papa Leone XIV ha espresso molto chiaramente la sua preoccupazione per la massiccia limitazione della libertà di espressione in Occidente.

Ha detto testualmente:

„Duole, invece, constatare come, specialmente in Occidente, si vadano sempre più riducendo gli spazi per l'autentica libertà di espressione, mentre va sviluppandosi un linguaggio nuovo, dal sapore orwelliano, che, nel tentativo di essere sempre più inclusivo, finisce per escludere quanti non si adeguano alle ideologie che lo animano.

Da questa deriva ne conseguono, purtroppo, altre che finiscono per comprimere i diritti fondamentali della persona, a partire dalla libertà di coscienza.“

Ecco il discorso completo del Papa:

<http://www.vatican.va/content/leo-xiv/it/speeches/2026/january/documents/20260109-corpo-diplomatico.html>

Dal 2020 si è improvvisamente manifestata un'enorme restrizione del dibattito pubblico, della libertà di espressione e quindi della democrazia.

Da un giorno all'altro, la scienza è stata ridotta all'opinione propagandata dai governi.

I cittadini che hanno espresso un'opinione diversa dalla "verità unica" imposta dai governi autoritari e diffusa dai media mainstream sono *stati* spesso denigrati come "estremisti di destra" e quindi messi a tacere o, in molti casi, danneggiati economicamente in modo permanente.

La società è stata profondamente divisa da questa strategia perfida, persino diabolica, di incitamento all'odio reciproco.

Anche sei anni dopo l'attuazione di una censura sistematica che non si sarebbe mai ritenuta possibile, le opinioni e le posizioni che si discostano dal cosiddetto "mainstream" o da ciò che viene propagandato come tale, continuano ad essere censurate dai media di sistema o dai cosiddetti media *mainstream*, ancora improntati alla censura, o addirittura etichettate come "di estrema destra", con l'evidente intento di renderle "socialmente inaccettabili".

Ancora oggi, anche in questo Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano, si fa molta fatica a trattare con obiettività certi argomenti.

E in generale l'attacco alla libertà di espressione, un pilastro fondamentale della democrazia, se non **IL** pilastro fondamentale, continua.

Persino peggio: **l'Unione Europea ha già dato da tempo l'ordine di sferrare un attacco generale alla libertà di espressione.**

Durante il cosiddetto periodo del coronavirus, sia l'amministrazione Biden (cioè l'ex governo statunitense guidato dai cosiddetti "democratici"), sia la

Commissione europea e i governi degli Stati membri hanno imposto ai media la verità da propagandare – dietro lauti compensi – e li hanno esortati a censurare brutalmente le opinioni contrarie. Con poche eccezioni, tutti hanno collaborato. È stata la fine del cosiddetto "giornalismo di qualità", se non del giornalismo stesso.

Attraverso agenzie di stampa come la REUTERS, controllate dai grandi fondi finanziari di investimento, le agenzie più piccole nazionali e le redazioni TV/radio e dei giornali fino alla provincia di Bolzano sono state alimentate con "verità" prestabilite... e questa "pappa preconfezionata" è stata per lo più inghiottita e diffusa senza alcun "se" e "ma".

Le opinioni contrarie sono state accuratamente messe a tacere in una **nuova "omertà" globale**, o attraverso un framing politico (con l'attribuzione gratuita di attributi come "di estrema destra", "antisemita" ecc.) o altre forme di denigrazione personale ("vecchio idiota senile", come è successo al premio Nobel Luc Montagnier, nel frattempo scomparso all'età di 90 anni, che con la sua competenza specialistica di altissimo livello ha immediatamente sottolineato l'origine da laboratorio ormai chiara del virus SARS-Cov, nonché il fatto che la cosiddetta "pandemia" si sarebbe risolta da sola in brevissimo tempo, senza bisogno di *lockdown* e tanto meno di una cosiddetta "vaccinazione", e che le cosiddette "vaccinazioni" Covid-19 sono sostanze geneticamente modificate pericolose che portano alla morte e a gravi lesioni fisiche).

Mark Zuckerberg (CEO di META) ha lamentato in una lettera del 26 agosto 2024 nei confronti dell'allora amministrazione Biden di essere stato spinto/costretto dall'amministrazione Biden a censurare i contenuti relativi al Covid-19 nel 2021:

<https://prod-i.a.dj.com/public/resources/documents/meta-letter-082024.pdf>

Ecco la traduzione meccanica in lingua italiana:

<https://drive.google.com/file/d/1SAVkUTU2fHh-WrOvpVT7tPzsLrCkBXIU/view?usp=drivesdk>

E così è stato. Gli account Facebook - come quello della consigliera che ha presentato questa mozione, che dal 2020 ha cercato, tra l'altro tramite Facebook, di fornire informazioni importanti alla popolazione dopo che queste erano state nascoste o ridicolizzate dai cosiddetti media „mainstream" o addirittura diffamate come "di estrema destra" - sono stati bloccati da META su richiesta di gruppi di censura formati appositamente in quel periodo anche in Alto Adige/Sudtirolo (in Alto Adige/Sudtirolo si trattava, ad esempio, del gruppo non ufficiale "RATIONALS" guidati da un noto videomaker) e sbloccati solo nel corso del 2024.

Durante i cosiddetti anni del Coronavirus, solo la piattaforma sociale TELEGRAM era accessibile per la libera e democratica espressione delle opinioni.

A causa del suo rifiuto di piegarsi alle funzioni di censura imposte dall'Unione Europea, Pavel Durov, fondatore di Telegram, è stato arrestato in Francia nel 2024 e posto agli arresti domiciliari.

<https://youtu.be/bxFQvOyTolg?si=dx5aHdmfTBwJsEKL>

Nella trasmissione della RAI Südtirol (e cioè RAI Alto Adige in lingua tedesca) "Landtagswahlen 2023 – Analyse und Kommentare" (tradotto „Elezioni provinciali 2023 – analisi e commentari“), il caporedattore del settimanale ff (Georg Mair) ha risposto (senza che fosse stato contraddetto da parte di uno dei presenti) alla domanda della conduttrice se i media mainstream non avrebbero dovuto ascoltare e dare voce anche all'"altra parte" e se la divisione della società non fosse anche dovuta al fatto che i media mainstream non hanno

dato ascolto, né spazio, in particolare agli oppositori del "vaccino" contro il Covid-19, ha risposto letteralmente come segue: ***"Gli oppositori dei "vaccini" avevano altri canali per esprimersi. Basta guardare Telegram, dove ci sono sufficienti possibilità per gli oppositori dei "vaccini", per i no-vax, di esprimersi sull'argomento. Ma sono contrario al fatto che i media creino un falso equilibrio, ad esempio quando si tratta di clima, se il 99% della "scienza" afferma che il riscaldamento globale esiste e l'1% nega che esista, allora non ha senso invitare in studio alla Rai sia lo scienziato che il negazionista del clima. Questo dà l'impressione che entrambi argomentino su un piano di parità. E lo stesso è successo con le vaccinazioni. Ciò non significa che non si debba ascoltare le persone quando hanno paure e preoccupazioni. Ma noi, come media, non dobbiamo riportare le chiacchiere senza senso. Sono assolutamente contrario, perché in questo modo non facciamo altro che amplificare le fake news. E non vogliamo essere questo"***.

Vedi qui, da circa -13.43:

<https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/video/2023/10/analyse-chefredakteure-landtagswahlen-2023-04643a54-b6f2-446c-8451-a27d9ea8413a.html>

Questa incredibile posizione estremamente antidemocratica, che ormai da anni si manifesta e si è cristallizzata nei cosiddetti „media di riferimento“ (eccetto poche eccezioni), non è cambiata praticamente per nulla, né in Alto Adige/Sudtirolo né in Europa nel suo complesso.

Un esempio lampante del fatto che **l'Europa, e in particolare l'area di lingua tedesca**, abbia **preso una direzione estremamente pericolosa** è l'incredibile richiesta di censura e, „se necessario“ persino di divieto dei media sgraditi, avanzata da parte del governatore CDU dello Schleswig-Holstein Daniel Günther nel *talk show della ZDF* condotto dal Sudtirolese Markus Lanz:

<https://www.youtube.com/watch?v=gAjobTqY3r8>

Il politico della CDU ha chiesto una regolamentazione autoritaria dei media sgraditi ai governi. Nel caso specifico, si tratta in particolare del portale di notizie NIUS - <https://www.nius.de/> - fondato dall'ex caporedattore di BILD e bollato come "di estrema destra" dai media del sistema che praticano la censura.

Particolarmente sconcertante è, peraltro, il fatto che Lanz, originario del Sudtirolo e conduttore star della ZDF, abbia cercato di negare nella puntata successiva la richiesta di censura avanzata senza alcun contrappeso dal governatore CDU del Schleswig-Holstein Günter, ricorrendo a una manipolazione grossolana degli spettatori, facilmente smascherabile sulla base delle registrazioni originali.

NIUS ha avviato un procedimento giudiziario, mettendosi a fianco il più famoso avvocato tedesco specializzato in diritto dei media, dopo che il governatore CDU del Schleswig Holstein Günter ha persino chiesto nella trasmissione di Lanz, senza che qualcuno lo contraddisse, il divieto dei media sgraditi.

Richard David Precht, la pop star tra i filosofi tedeschi viventi (tra l'altro partner del podcast di Markus Lanz), ha commentato questo incredibile episodio, spiegando che da tempo assistiamo a una pericolosissima restrizione dello spazio di dibattito. Precht sottolinea chiaramente che **lo spazio di dibattito non può essere sufficientemente ampio per una società caratterizzata da disorientamento, in un momento in cui si stanno verificando i più grandi sconvolgimenti dal 1945, e cita tre esempi in cui questo dibattito**

democratico è stato massicciamente soppresso: 1. Crisi del coronavirus, 2. Guerra in Ucraina, 3. Palestina-Gaza-Israele.

I pochi media che, in conformità con la loro compito di Quarto Potere osservano e criticano in particolare i governi, sono oggetto di censura, soprattutto in Europa. Questa è la realtà.

In Germania, unità di polizia si presentano regolarmente la mattina presto davanti alla porta di casa dei critici del governo, persino dei vignettisti e dei satirici. Ecco a che punto siamo arrivati nella Repubblica Federale Tedesca. Cosa ne avrebbe detto il defunto ex cancelliere Helmut Schmidt?

In Europa, i conti bancari delle persone, delle organizzazioni e dei media che esercitano il loro diritto fondamentale alla libertà di espressione vengono sempre più spesso chiusi senza alcuna motivazione e senza che vi siano atti o dichiarazioni penalmente rilevanti a loro contestati.

In Europa, sempre più persone vengono soggette a divieti di espatrio o di ingresso, solo perché non gradite ai governanti, ma non perché abbiano commesso reati.

In questo contesto spiccano in particolare il Regno Unito, la Germania e l'Unione Europea.

I critici della posizione dell'UE nella guerra in Ucraina vivono in una situazione particolarmente pericolosa.

Vengono rapidamente accusati di propaganda filo-russa (senza che siano stati dimostrati contatti concreti) e di conseguenza privati dei loro diritti fondamentali.

Il 15 dicembre la Commissione europea ha inserito nella sua lista delle sanzioni Jacques Baud, ex colonnello dello Stato maggiore svizzero e collaboratore di lunga data dei servizi segreti militari del suo Paese, con l'accusa di propaganda «filorusa». Al pubblicitista, che vive in Belgio, sono stati bloccati tutti i conti nell'UE e gli è stato vietato di viaggiare oltre i confini nazionali.

L'ambasciatrice svizzera è quindi intervenuta presso l'UE per contestare la sanzione inflitta a Jacques Baud.

Nella decisione del Consiglio dell'Unione Europea del 15 dicembre 2025

(https://eur-lex.europa.eu/legal-content/IT/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202502572)

Jacques Baud viene accusato letteralmente di quanto segue:

“Jacques Baud, ex colonnello dell’esercito svizzero e analista strategico, è ospite regolare di programmi televisivi e radiofonici filorussi. Funge da portavoce della propaganda filorusa e formula teorie complottiste, ad esempio accusando l’Ucraina di orchestrare la propria invasione per aderire alla NATO. Jacques Baud è pertanto responsabile di mettere in atto azioni o politiche attribuibili al governo della Federazione russa che compromettono o minacciano la stabilità o la sicurezza di un paese terzo (l’Ucraina), o sostiene tali azioni o politiche, tramite l’uso della manipolazione delle informazioni e delle ingerenze.”

A questo proposito, è molto illuminante questa intervista con Jacques Baud:

<https://www.youtube.com/watch?v=SIWp-PhXZNA> (in lingua tedesca)

<https://www.youtube.com/watch?v=yJpZF9mfpv0> (altra intervista in lingua italiana)

Sono etichettati come “filo-russi” quei media che, in linea con la loro missione giornalistica, trattano in modo critico le sanzioni dell'UE contro la Russia e illustrano lo sviluppo della guerra in Ucraina sulla base degli interventi dimostrabili degli Stati Uniti e del Regno Unito con i rispettivi servizi segreti.

Secondo questo principio assurdo, in diretto contrasto con la libertà di espressione e quindi con la democrazia, anche un professore di economia di fama internazionale e consulente di governi come Goeffrey Sachs dovrebbe essere punito con sanzioni dall'UE:

<https://www.jeffsachs.org/>

<https://www.jeffsachs.org/interviewsandmedia/lhk1f2aek7dtlkd9waelcy3xp8pd8a>

Ma non si ha ancora il coraggio di arrivare a tanto.

L'8 gennaio 2026, il professore emerito di diritto costituzionale Dietrich Murswiek ha pubblicato su Springer's *Welt* una critica giuridica delle sanzioni dell'UE nel caso di Jacques Baud e altri. Sotto il titolo *“Una minaccia per tutti i cittadini dell'UE”*, ha verificato dal punto di vista legale se “sussistano i presupposti costituzionali per una tale restrizione”.

<https://www.welt.de/debatte/plus695b6a09fe6040199bf928a2/sanktionen-wegen-meinungen-die-eu-massnahmen-sind-verfassungswidrig.html>

Murswiek evidenzia due questioni al riguardo. La prima è: *“L'inserimento nell'elenco delle sanzioni dell'UE costituisce una punizione?”* Risposta: sì, ma mancano i presupposti costituzionali, perché **il principio dello Stato di diritto**

secondo cui “la punibilità deve essere determinata dalla legge prima che il reato sia stato commesso” è stato abolito dall'UE.

La seconda questione evidenziata da Murswiek è: **“Le sanzioni sono misure preventive?”** Questo è quanto sostiene l'UE. Le restrizioni preventive alla libertà di espressione possono essere giustificate, ad esempio nel caso di incitamenti alla violenza che possono stimolare azioni concrete. **Chi critica il governo, tuttavia, non mette in pericolo alcun “bene giuridico”.**

Murswiek fa riferimento a una sentenza della **Corte costituzionale federale della Germania** (Bundesverfassungsgerichtshof) **del 2009**, secondo la quale **le restrizioni alla libertà di espressione non possono essere imposte “nei confronti di effetti che rimangono puramente intellettuali” di determinate dichiarazioni.** La Corte prosegue: **“L'intenzione di impedire espressioni dal contenuto dannoso o pericoloso nelle loro conseguenze intellettuali annulla il principio stesso della libertà di espressione ed è illegittima”.**

Murswiek conclude che il **Consiglio dell'UE** ha **“disatteso questo principio fondamentale”** con l'inserimento di Jacques Baud nell'elenco delle sanzioni, **“per quanto risulta dalla motivazione fornita per l'inserimento nell'elenco”** . A lui non viene nemmeno contestata un'attività per conto della Russia, ma la partecipazione a **“programmi televisivi e radiofonici filo-russi”**, dove per alcuni politici è considerato **“filo-russo”** chiunque sia contrario alla fornitura di armi all'Ucraina.

In questo contesto di arbitrarietà giuridica, Murswiek constata infine, in terzo luogo, **“la sproporzionalità della sanzione contro Baud”**. Questa si rivela **“una violazione evidente e grave della libertà di espressione, del principio democratico e dello Stato di diritto”**.

Baud deve essere immediatamente rimosso dalla lista delle sanzioni, è convinto il professore di diritto pubblico Murswiek. Se l'UE “non lo fa, la sua sanzione avrà l'effetto di una minaccia per tutte le persone nell'UE”.

Questa incredibile spirale di censura è stata avviata dall'Unione Europea sotto la guida di Ursula von der Leyen e continua ad essere alimentata con il "*Digital Services Act (DAS)*" e il "*European Democracy Shield*".

Quella che viene venduta ai cittadini come protezione delle democrazie europee contro la disinformazione e le cosiddette *fake news* è in realtà una propaganda spudorata a favore di una censura brutale contro gli oppositori dei governi.

Mentre la presidente della Commissione europea calpesta i principi fondamentali di trasparenza e legalità – e i capi di governo della maggior parte degli Stati membri dell'UE e la (ancora) maggioranza dei membri del Parlamento europeo (tra cui Herbert Dorfmann della *Südtiroler Volkspartei*) accettano questo comportamento profondamente illegale della presidente della Commissione – Ursula von der Leyen chiede che in Europa venga brandita con tutta la forza possibile la mazza della censura contro i cittadini, i media e i giornalisti.

Questo sviluppo fatale e pericoloso può essere fermato solo se le istituzioni che dovrebbero rappresentare i valori democratici, come il Consiglio provinciale dell'Alto Adige, si esprimono in modo esplicito e dimostrativo a favore della tutela della libertà di espressione e quindi anche del necessario pluralismo delle opinioni rappresentate, in particolare nei media finanziati o sostenuti con fondi pubblici.

È giunto il momento in cui noi rappresentanti dei cittadini abbiamo la responsabilità di garantire che la censura sempre più diffusa, ormai considerata la "*nuova normalità*", non trasformi definitivamente il nostro

sistema politico, anzi il nostro spazio di vita, in una democrazia del tutto fittizia.

Chi concede spazio solo al cosiddetto "mainstream" ha abdicato in partenza alla democrazia.

Le madri e i padri della Costituzione della Repubblica Italiana hanno sancito il Diritto Fondamentale alla libertà di espressione nell'art. 21:

<https://www.senato.it/istituzione/la-costituzione/parte-i/titolo-i/articolo-21>

Nella Convenzione Europea dei Diritti dell'Uomo la libertà di espressione è prevista nell'art. 10:

https://www.echr.coe.int/documents/d/echr/convention_ita

E nella Carta dei Diritti e delle Libertà Fondamentali dell'Unione Europea il Diritto Fondamentale alla Libertà di espressione è sancito nell'art. 11:

https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_it.pdf

*

Per questi motivi, si propone la seguente mozione:

I membri del Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano sono invitati ad esprimere – nell'ambito di una dichiarazione congiunta da redigere dai rappresentanti dei gruppi consiliari e da trasmettere successivamente dal Presidente del Consiglio Provinciale ai media – in modo chiaro il loro impegno a favore della libertà di espressione nel senso dell'art. 21 Costituzione della Repubblica Italiana, art. 10 Convenzione Europea dei Diritti Umani e art. 11 Carta dei Diritti e delle Libertà Fondamentali dell'UE, nonchè a ricordare ai media che il loro compito fondamentale è quello di dare spazio alle opinioni rappresentate nella società, in particolare anche alle opinioni (peraltro più delle volte solo presunte) minoritarie, al fine di

consentire e proteggere una società multipolare nel vero senso democratico.



RA/Avv. DDr. Renate Holzeisen
Membro del Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano
Gruppo consiliare VITA